

# Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Insowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3705.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röste, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate  
für die viergespaltene Beizelle oder deren Raum 40  $\%$ ,  
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\%$ ,  
Versammlungsanzeigen 10  $\%$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

## Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Ihrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel, Plauen, Posen u. Schwerin fernzubleiben.

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Gränstätt in der Pfalz, Sferlohn, Höchst a. M., Neuruppin, Ludwigslust, Medtbg. (Wähler), Martinroda, Kellheim im Taunus, Herford, Rowawes-Neuenborn, Tilsit (W. Schulz), Trier, Burzen (Streil), Habersleben, Kolberg (Gellert & Maak), Altschaffenburg, Glauchau (Schubel);
  - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühlborn am Inn und Neusorg (Kempf & Geiger), Ublershof (Luge);
  - Tischlern und Rahmenmachern nach Frankfurt a. Main (Glaseri von Meßger, Emserstr. 94 und Mühlstr. 18);
  - Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Dittenen (Hahne & Witte);
  - Gummdrechslern nach Weihenfels (Ribe);
  - Stuhlbanern, Drechslern und Polirern nach Preussisch Holland (Hiltschlagel & Co.), Neuhausen (Stuhlfabrik E. Selsert);
  - Korbmachern nach Corbetha, Oranienburg (W. Tarnow & Fr. Fehner);
  - Drechslern nach Altona (Maack), Frankenberg (Julius Kühnemann, Holzwaarenfabrik);
  - Bechern, Bürsten- und Pinselmachern nach Lauterberg a. S. (Kaufmann);

### Ausland.

Schweden: Von Korbmachern nach Pärstorp (Stiftfabrik).

### Zum zehnjährigen Bestehen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Am 1. Juli dieses Jahres sind zehn Jahre verflossen, seit der Holzarbeiterverband in's Leben trat. Schon lange vor seiner Gründung war, besonders unter den Mitgliedern des seit 1888 bestehenden Tischlerverbandes, das Gefühl vorhanden, daß, entsprechend dem Fortschritt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in der Holzindustrie, eine Anpassung ihrer Organisation an diese neuzeitlich umgestalteten Verhältnisse notwendig war. War zur Zeit der Gründung des Tischlerverbandes vor nunmehr 20 Jahren überwiegend mit handwerksmäßigen — oder sagen wir — Kleinbetrieben zu rechnen, in denen Bildhauer, Drechsler, Polirer und Tischler gesondert arbeiteten, so änderte sich das ganz merklich, als Mitte der 80er Jahre Werkstätten und Bautischlereien mit den besten Maschinen und technischen Hilfsmitteln eingerichtet, wie Pilze aus der Erde wuchsen. Bildhauer, Drechsler und Tischler arbeiteten nun gemeinsam und nebeneinander in einem Betriebe für den gleichen Unternehmer, für sie galt es nunmehr keine separate, sondern gemeinsame Interessen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wahrzunehmen. Und da zeigte sich, daß die drei nebeneinander bestehenden Berufsorganisationen der Wahrung dieser Interessen oft hinderlich waren, was besonders bei den Tischlern oft bitter empfunden wurde. So kam es denn, daß von mehreren Seiten verschiedene Vorschläge zur Abänderung des mißlichen Zustandes gemacht wurden. Während einerseits eine sogenannte Unionsbildung der in Betracht kommenden Berufsorganisationen unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit mit Abschluß von Kartellverträgen als zweckmäßig empfohlen ward, ist andererseits eine Verschmelzung zu einem Industrieverband in Vorschlag gebracht worden. Der Verbandstag des Tischlerverbandes in Hannover

1890 dürfte dazu die erste Anregung gegeben haben. Es lag ihm nämlich ein Antrag vor aus Frankfurt-Obn laut welchem der Verbandstag dahin wirken sollte, „daß eine Vereinigung aller Holzarbeiter angebahnt werde“. Ein weiterer Antrag verlangte, daß in Zukunft statt des Tischlerkongresses „ein allgemeiner Holzarbeiterkongress behufs Anbahnung eines Holzarbeiterverbandes einberufen werde“.

Beide Anträge wurden angenommen. Der Vorsitzende des Tischlerverbandes wandte sich daraufhin in einem Rundschreiben an alle für einen Industrieverband der Holzbranche in Betracht kommenden Vorkände, die gemachten Vorschläge zu diskutieren und zu dem in Aussicht genommenen Holzarbeiterkongress Delegirte zu entsenden. Dieser Kongress trat am 6. April 1893 in Cassel zusammen. Die Tischler und Drechsler hielten zugleich ihre Verbandstage ab. Außer den Delegirten dieser beiden Organisationen waren anwesend Vertreter der Bildhauer, Bürstenmacher, Glaser, Korbmacher, Stellmacher, Tapezierer und des Verbandes der in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter. Während die große Mehrheit der Tischler von der Nothwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der verwandten Berufe überzeugt waren, war bei den Drechslern eine besonders große Neigung nicht vorhanden. Die Bildhauer versprachen sich von der Gründung keinen Vortheil. Glaser und Tapezierer fürchteten eine Mitgliederzerspaltung, während die Korbmacher und Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter der nothwendigen Beitragserhöhung wegen nicht mitmachen zu können vorgaben, wenn sie auch sonst im Prinzip die Zweckmäßigkeit eines engeren Zusammenschlusses anerkannten. Die Vertreter der Bürstenmacher und Stellmacher erklärten sich zum Anschluß bereit. Der Verbandstag der Drechsler erklärte sich schließlich mit 14 gegen 8 Stimmen für die Gründung; ebenso der Verbandstag der Tischler mit 52 gegen 9 Stimmen. Der Kongress beschloß hierauf mit 82 gegen 15 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, einen Holzarbeiterverband zu gründen und die 4 in Betracht kommenden Einzelverbände zu Gunsten des neuen Verbandes aufzulösen.

Beschlossen wurde weiter, die bisherige „Neue Tischler-Zeitung“ unter dem Titel „Holzarbeiter-Zeitung“ als Verbandsorgan obligatorisch einzuführen. Der Beitrag wurde auf 15  $\%$  pro Woche bei Gratislieferung des Verbandsorgans festgesetzt.

So trat denn der neugegründete Holzarbeiterverband am 1. Juli 1893 mit 22 745 Mitgliedern in's Leben. Darunter 928 Bürstenmacher, 1957 Drechsler, 450 Stellmacher und 19 400 Tischler. Mit Schluß des ersten Quartals seines Bestehens hatte der Verband bereits 350 Zahlstellen, am Schlusse des Jahres 1893 410 Zahlstellen und 26 144 Mitglieder. Später traten dem Holzarbeiterverband folgende kleine Branchenverbände bei: Am 1. April der Korbmacherverband mit 400 Mitgliedern, am 1. Juli 1899 der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter mit 325 Mitgliedern, am 6. August 1899 der in Breslau domicilirte Verband der Korkarbeiter mit 178 Mitgliedern und am 1. Mai 1901 der Verband der Berliner Stocarbeiter mit 244 Mitgliedern. Daß der neugegründete Verband in den ersten Jahren keine besonders großen Fortschritte machte, war lediglich der ungünstigen Geschäftsperiode zuzuschreiben. An Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse konnte deshalb auch nicht gedacht werden; nichtsdestoweniger waren in den Jahren 1893 bis 1894 in 71 Orten Differenzen, darunter in

Güstrow, Werben, Nürnberg, Aschersleben und Bremen von längerer Dauer. Diese und die große Zahl kleiner Schmarotzelendeten zum Theil mit gar keinem oder nur geringem Erfolge, was um so erklärlicher ist, als es sich fast nur um Abwehrdifferenzen handelte. Erst im Jahre 1895, als sich leise Anzeichen einer besseren Geschäftskonjunktur bemerkbar machten, regte sich auch das Gefühl in unseren Kollegen nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der erste größere Kampf (Knopfarbeiter in Schmölln) endete nach vielen Wochen und nach einer Ausgabe von M. 80 000 mit einer Niederlage. Dies hatte zur Folge, daß eine große Anzahl Orte, die sich zum Kampf gerüstet hatten, von einem Vorgehen absehen mußten, weil der Streikfonds, der damals aus freiwilligen Beiträgen gespeist wurde, erschöpft war. Ein erhöhter Beitrag von 15 auf 20  $\%$  auf die Dauer eines Vierteljahres mußte wieder ausreichen. Jedoch reichte auch dieser Betrag nicht aus, um den berechtigten Wünschen der Mitglieder: die günstige Geschäftskonjunktur, welche mittlerweile angebrochen war, auszunutzen, Rechnung fragen zu können, und so blieb nichts Anderes übrig, als den Beitrag dauernd zu erhöhen. Dies geschah durch Abstimmung im Dezember 1896. Der Göttinger Verbandstag ließ den Beitrag für männliche Mitglieder bestehen, erhöhte aber den für weibliche Mitglieder von 5 auf 10  $\%$ , beschloß dann weiter, daß Streiks aus der Verbandskasse zu unterstützen sind und der Vorstand berechtigt sein sollte, eventuell Sammellisten auszugeben oder Extrabeiträge zu erheben. Wenn man geglaubt hätte, durch die Beitragserhöhung werde der Verband Mitglieder einbüßen oder seine Werbekraft verlieren, so täuschte man sich. Das Gegentheil trat ein. Die Zahl der Mitglieder stieg von 42 576 im Jahre 1897 auf 67 616 im Jahre 1899. Auch die erneute Beitragserhöhung auf dem Verbandstage in Nürnberg 1900 von 20 auf 25  $\%$  brachte einen weiteren Zuwachs von 2400 Mitgliedern. Erst mit Eintritt der Krise im Jahre 1901 fiel die Mitgliederzahl auf 67 841 und hat gegenwärtig mit rund 77 000 Mitgliedern ihren höchsten Stand erreicht.

Die Zahl der Streiks war seit dem Jahre 1895 eine sehr große. Die regelmäßig geführte Statistik weist deren bis Ende 1902 731 auf. Die Zahl dürfte aber sicher in den zehn Jahren 800 übersteigen. Weit über die Hälfte waren Abwehrstreiks; mehr als 150 000 Kollegen waren an den Gesamtstreiks betheilig; für mehr als 75 000 betheiligte Kollegen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich  $\frac{3}{4}$  Wochenstunden errungen und für mehr als 52 000 Betheiligte eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 pZt. Selbstverständlich sind diese Errungenschaften auch allen denen zu Gute gekommen, die nicht an den Streiks betheilig waren.

Von den sonst noch errungenen mannigfaltigen Vortheilen können wir hier im Einzelnen nicht Notiz nehmen.

Bemerkenswerth ist, daß es in mehr als 200 Orten auf friedlichem Wege, d. h. nach gegenseitiger Verständigung mit den Unternehmern gelang, die gleichen Vortheile ohne erhebliche Kosten zu erringen. Es sind in fünf Jahren für diesen Zweck ganze 600 Mk. und 57 Pfg. ausgegeben worden. Die Gesamtausgabe zur Unterstützung der Streiks in den zehn Jahren des Bestehens des Holzarbeiterverbandes dürfte mehr als M. 2 200 000 betragen. Bis Ende 1902 sind genau M. 2 064 835 herausgibt worden, davon zirka eine halbe Million aus dem aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Streikfonds, der bis zum 1. Juli 1898 bestand.

Doch nicht allein in der Führung von Lohnkämpfen erschöpfte sich die Aufgabe des Verbandes, auch für die Unter-

Stützung der lebigen Kollegen auf der Reife und für die Ber-
tratheten in besonderen Nothfällen, bei Umzügen usw., ist er
helfend eingetreten.

Nachstehende Ziffern sollen die Ausgaben dafür ver-
anschaulichen; bemerkt sei, daß wir für das erste Halbjahr die
Hälfte der Ausgaben des Jahres 1902 im Ansatz gebracht
haben, darnach ergibt sich für jeden Unterstützungszweig
folgende Ausgabe in 10 Jahren:

Reiseunterstützung .....	M. 210219,87
Gemahrgelaltenunterstützung .....	" 41481,67
Nothfallunterstützung .....	" 64882,20
Für Rechtschutz .....	" 64292,83
Umzugskosten .....	" 18401,31
Summa .....	M. 489227,68

Also rund eine halbe Million wandte der Verband auf zur
Unterstützung seiner Mitglieder.

Aber auch für die Agitation sind bedeutende Mittel ver-
wandt worden und zwar:

für mündliche Agitation .....	M. 169806,72
für schriftliche Agitation:	
a) "Holzarbeiter-Zeitung" .....	" 517081,27
b) für andere Organe .....	" 6100,-
c) für Flugblätter, Broschüren zc. ....	" 50000,-
Summa .....	M. 742737,99

Den Bokallassen verblieben von der Einnahme 30 pZt., die
zum Theil für Verwaltung, Unterstützungszuschüsse bei Streiks
und viele andere Zwecke verausgabte wurden. Die Summe
betrug M. 1 439 858,75.

Die Gesamteinnahme des Verbandes beträgt	
in zehn Jahren rund .....	M. 5500000,-
die Ausgabe rund .....	" 4500000,-
Bestand .....	M. 1000000,-

Genau gerechnet war am Schluß des Jahres 1902 ein
Kassenbestand von M. 803 775,90 vorhanden, der sich aber in-
folge der seit dem 1. April d. J. festgesetzten höheren Verbands-
beiträge um rund M. 200 000 erhöhen dürfte, bis zu dem
Tage, an welchem das erste Dezentium des Holzarbeiterverbandes
abgelaufen ist.

Von weittragender Bedeutung für die fernere Entwickelung des
Verbandes wird die durch Abstimmung beschlossene Arbeits-
losenunterstützung sein. Zuerst beschäftigte sie den Ver-
bandsstag in Erfurt, wurde dort aber gegen eine Stimme
abgelehnt, in Göttingen fanden sich für die Einführung schon
16 Stimmen, 62 waren gegen dieselbe. In Nürnberg stimmten
47 gegen, 19 für Einführung, 14 Delegirte enthielten sich der
Abstimmung; doch wurde beschlossen, daß die Mitglieder durch
Abstimmung über die eventuelle Einführung entscheiden sollten.
Dies geschah entsprechend dem Verbandsstagsbeschlusse sechs
Wochen vor dem Verbandsstage in Mainz. Von 48 944 Ab-
stimmenden hatten sich 24 907 für Einführung entschieden.
24 037 hatten sich dagegen erklärt, so daß die Majorität nur 870
Stimmen betrug. Der Wochenbeitrag war durch Abstimmung
der Mitglieder auf 35 % festgesetzt, also 10 % mehr als der
Beitrag seit dem Verbandsstage in Nürnberg betragen hatte, der
ihn von 20 auf 25 % erhöhte.

War auch die Gegnerschaft vor 1 1/2 Jahren noch eine sehr
große, so dürfte heute gesagt werden können, daß mit wenigen
Ausnahmen sich jedes Mitglied des Verbandes mit dem gefassten
Beschlusse abgefunden hat; die feste Zunahme der Mitglieder, deren
Zahl sich jetzt, wie schon oben gesagt, auf circa 77 000 beziffern
dürfte, läßt wenigstens den Schluß zu, daß allgemein die große
Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung anerkannt ist, um so
mehr, als heute Niemand mehr glauben wird, daß durch dieselbe
der wirtschaftliche Kampf irgendwie ungünstig beeinflusst
werden, d. h. der Kampfescharakter unserer Organisation ver-
loren gehen könne. Es wird sich zeigen, daß gerade die
Arbeitslosenunterstützung ein unschätzbares Kampfmittel ist, um
mit größerer Zuversichtlichkeit und mit größerer Energie den
Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen und führen zu
können.

Daß der Verband in den ersten zehn Jahren seines
Bestehens trotz der manchmal ungünstigen Zeitverhältnisse, trotz
der mancherlei Widerwärtigkeiten, die ihm nicht zum Wenigsten
von den Behörden bereit worden sind, nach besten Kräften
die Interessen der Verbandsmitglieder vertreten hat, wird jeder
Kollege, der die Jahre in seinen Reihen kämpfend stand, vor-
urtheilsfrei anerkennen. Gewiß, wir haben manche Niederlage
erlebt, aber auch manchen schönen Sieg an unsere Fahnen
gehftet. Unbestritten bleibt, daß der Verband fast allgemein
und überall — nicht bloß durch Lohnkämpfe — einen günstigen
Einfluß auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen auszuüben vermochte. Die Arbeitszeit
ist durchweg kürzer und die Löhne durchweg höher
als vor zehn Jahren. Auch in bildender und erziehe-
rischer Hinsicht hat der Verband Großes geleistet. An Stelle
des Egoismus ist die Solidarität getreten. Das Kollegialitäts-
und Zusammengehörigkeitsgefühl ist erfreulicherweise mächtig
erhalten, was sich ganz besonders bei Lohnbewegungen und
sonstigen Differenzen zeigte. Die Kollegen haben Vertrauen zu
sich selbst und zu ihrer Organisation, von der sie wissen, daß
sie in allen Lebenslagen ihnen helfend, rathend und schützend
zur Seite steht. Dies Gefühl ist es auch, das sie ermuntert,
dem Unternehmertum bei manchen Anlässen sicherer und männ-
licher gegenüberzutreten. Dies sichere Vorgehen hat vielfach zu
ganz verbühfenden Erfolgen der Kollegen geführt.

Das systematische, langsame aber sichere Vorbringen der
deutschen Holzarbeiter in den zehn Jahren, eine bessere Lebens-
haltung zu erringen, hat aber auch die Unternehmer aufgestülzt;
sie stehen uns heute in ihren Organisationen kampfbereit
gegenüber, als hies in früheren Jahren der Fall war. Die
Pflicht aller im Verbandsorganisierten Kollegen ist es daher,
treu zu ihrer Organisation zu halten und immer neue Kämpfer
für dieselbe zu werben; dann werden wir uns mit den
uns täglich bevorstehenden Kämpfen verhältnismäßig leicht
abzufinden vermögen. Daß hier und dort Berspitterungen
der Kräfte vorgekommen sind, ist tief bedauerlich;
wir hoffen aber, daß die nächste Zeit die Wunden
wieder heilen und die absolut nöthige Einigung
und Versöhnung herbeiführen wird.

Kollegen! Geloben wir uns am Tage des Eintritts
unseres Verbandes in sein zweites Dezentium, daß wir
unter seiner Fahne ebenso treu und entschlossen für
eine menschenwürdige Existenz kämpfen wollen, als wir es
in den ersten zehn Jahren seines Bestehens gethan haben.
Geloben wir uns weiter, unsere vollste Pflicht und Schuldigkeit
in der Richtung zu thun, die uns noch gleichgültig und feindselig
gegenüberstehenden Arbeitskollegen für unseren Verband
zu gewinnen. Je größer die Zahl der Kämpfer, um so
größer der Einfluß der Gesamtorganisation. Weigern
sich auch heute noch vielfach die Unternehmerorganisationen
unserer Berufe, uns als Organisation anzuerkennen, wir
werden sie dazu zwingen können, wenn die übergroße Mehr-
heit der Kollegen dem Verbandsangehörig. Wenn erst die Zeit
kommt, in der es keine Arbeitswilligen mehr giebt, auf die sich
der Unternehmer leider heute noch stützen kann, dann ist es
mit seiner Macht vorbei und seine Führer werden wohl oder übel mit
uns rechnen müssen. Dann werden aber auch die Streiks,
welche heute noch nothwendig sind, überflüssig
werden. Wir werden von Macht zu Macht unter Anerkennung
der beiderseitigen Organisationen, unter Wahrung der gegen-
seitigen Interessen verhandeln, wir werden Verträge abschließen,
die den berechtigten Wünschen unserer Kollegen entsprechen.
Die Unstetigkeit im Erwerbaleben wird aufhören und an Stelle
des fortbauenden Kampfes tritt der Friede. Noch ist dieser
Zeitpunkt nicht da, noch ist Kampf die Parole auf beiden
Seiten, aber kommen wird er, mit der Erstarkung unseres Ver-
bandes rückt er näher; noch zehn Jahre unerübllicher Agitation
und Aufklärung und er ist da.

Schade darum, daß es unsererseits so vieler kostbarer Zeit
und ungeheurer finanzieller Opfer bedarf, um das Unternehmert-
um der Holzindustrie doch endlich zu der Einsicht zu bringen,
daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen und es wohl
oder übel doch seinen die Arbeiter negirenden Standpunkt auf-
geben und mit deren Vertretern in legaler Weise Vereinbarungen
treffen muß, wie das Arbeitsverhältniß sich zwischen Arbeit-
nehmer und Arbeitgeber für die Folgezeit gestalten soll. Wora-
läufig gilt, um dies allseitig ersehnte Ziel zu erreichen, noch
kein "Gewehr bei Fuß" sondern ein weithin durch alle
deutschen Lande erschallendes "Vorwärts"!

Vor wir schließen, wollen wir nicht unterlassen an dieser
Stelle aller Derer zu gedenken, die an den Erfolgen und dem
Aufblühen unseres Verbandes einen übergroßen Antheil haben.
Wir meinen vor Allen die Verwaltungsbeamten in
den Zahlstellen und die Werkstattdelegirten,
welche die Kleinarbeit geleistet haben. Wir kennen
viele dieser Namenlosen, die seit Gründung des
Verbandes bis heute in den Ortsverwaltungen unber-
brochen ihre oft mit Unbant gelohnte Verwaltungsarbeit aus-
führten, nur um dem Gesamtinteresse der Kollegen
nützlich zu sein. Ihnen Allen sei Namens der Ge-
samtkollegenschaft herzlich gedankt.

Auch der Gauvorstände, die gleichfalls unerübllich
ihre Pflicht erfüllten, der Mitglieder des Ausschusses und
der Preßkommission, die im Dienste des Verbandes
redlich thätig waren, sei an dieser Stelle ehrend gedacht.

Daß die Mitglieder des Hauptverbandes ihre vollste
Schuldigkeit gethan haben, ist auf jedem Verbandsstages anerkannt
worden; daß manchmal Denjenigen unter ihnen, welchen
die Vermittlung zwischen den in Differenzen befindlichen
Kollegen und deren Arbeitgebern oblag, übel mitgespielt worden
ist, soll nur nebenbei erwähnt werden, sicherlich wird aber jeder
Kollege vorurtheilslos anerkennen müssen, daß bei dieser ver-
antwortungsvollen, aufreibenden Vermittlungsthätigkeit immer
nur die Förderung des Gesamtinteresses maßgebend
gewesen ist.

Auch die "Holzarbeiter-Zeitung" die gleichfalls
am 1. Juli ihr zehnjähriges Erscheinen feiert, hat an allen
Erfolgen, Kämpfen, Siegen und Niederlagen regen Antheil
genommen. Die Wahrung der Interessen der Mitglieder bei
Lohnkämpfen und den Behörden gegenüber, hat sie mit fünfzehn
Strafen, darunter ein Monat Gefängniß, büßen müssen;
zwei Prozesse schweben zur Zeit noch. Die "Holzarbeiterzeitung"
erscheint jetzt in einer Auflage von 80 000 Exemplaren.

Ehrend sei an dieser Stelle auch all' der Kollegen gedacht,
die nicht mehr unter den Lebenden weilen, aber mit
Leib und Seele Kämpfer oder Führer waren. In ihrem
Sinne wollen auch wir fortan thätig sein, Jeder nach besten
Kräften, der Eine als Kämpfer und Agitator, der Andere als

Führer, Jeder fülle seinen Posten aus auf den er gestellt wird,
und der Sieg wird unser sein.

Kollegen, alle, die Ihr in diesem Sinne mithelfen wollt,
stimmt ein mit uns in den Ruf:

Hoch der Deutsche Holzarbeiterverband!

Der Tischlerstreik in Plauen i. V.

Bereits die achte Woche befinden sich die Tischler
Plauens im Ausstände, ohne daß auch die geringsten An-
zeichen von einer Beendigung vorhanden wären. Wer die
Wuthätigkeit am Orte betrachtete, wird es kaum
für möglich halten, daß unter solchen Umständen nichts zu
erringen wäre. Die Meister sind thatsächlich zu bedauern,
die sich all' die schöne Arbeit entgehen lassen müssen und
auswärtigen Firmen den Profit überlassen. Sie lamentiren
ja auch in allen Tönen darüber, daß das Tischlerhandwerk
in Plauen zu Grunde gerichtet würde, und dies nur durch
die verfl. — Begehrlichkeit der Tischlergesellen, welche so
unverschämten sind, mehr verdienen zu wollen als die Meister
selbst. Die Gesellen wollen die Herren im Hause sein und
dem Meister diktiren, was er thun und lassen soll.

Aber wie verhält es sich denn in Wirklichkeit? Nicht
die Begehrlichkeit der Tischlergesellen ist es, die das Hand-
werk zu Grunde richtet, sondern die Begehrlichkeit und elende
Proffittsucht einiger Meister, welche die Nacher von's Ganze
sind, ist schuld daran. Keinem Gehülfen, noch weniger der
Lohnkommission, ist es eingefallen, überhaupt in den Streik
einzutreten; schon von vornherein sind den Meistern An-
knüpfungspunkte gegeben worden, um die ganze Angelegen-
heit in möglichst friedlicher Weise zu lösen. Aber diese
friedliche Annäherung von Seiten der Gehülfen wurde von
einer großen Majorität der Meister brutal zurückgewiesen,
so daß auch diejenigen Meister, welche etwas verständiger
über die Sache dachten, aber mit einem Sichtwechsel von
M. 100 sich verpflichtet haben, den Versammlungsbeschlüssen
sich zu fügen, mit den Wölfen nun wohl oder übel heulen
mußten, trotzdem sie es schon bitter bereut haben. Wir be-
haupten, wenn die Meister so vernünftig verhandeln wollten,
wie die Gehülfen, wäre der ganze Streik schon längst bei-
gelegt, und die Meister hätten keinen Anlaß, zu lamentiren,
daß das Tischlerhandwerk zu Grunde gerichtet würde. Sie
kennnten alle die schönen Arbeiten selbst machen, und anstatt
jetzt Geld zuzufügen, ein schönes Stück Geld verdienen.

Jedenfalls haben sich die Nacher einige Rezepteiden vom
Dr. Eisenbart-Nahardt in Berlin schiden lassen, um das
trankle Handwerk an Ort gesund zu machen. Die Billen
scheinen aber verdammt bitter gewesen zu sein und haben
dodurch jedenfalls das Gegentheil erzielt von dem, was sie
wünschten, darum das Lamentiren. Die Folgen des Streiks
schleiben die Meister aber freilich nicht den vom Wunderdoktor
aus Berlin beschriebenen Mitteln zu, sondern den streikenden
Tischlergesellen, welche nichts machen, aber möglichst viel
Geld verdienen möchten.

Wie die Nacher es versuchen, jedwede Einigung zu
hintertreiben, dabon einige Kröbchen: Die eingefassten
Forderungen waren von einem Kollegen unterzeichnet,
welcher kurz zuvor die Tischlerei an den Nagel gehängt hatte
und Materialwaarenhändler ist, trotzdem aber Vorsitzender
der Lohnkommission war. Mit diesem Grinkramhändler
wollte man nichts zu thun haben; der nächste Vorsitzende
soll hier mit einem Meister persönliche Differenzen haben,
mit diesem wollte man auch nichts zu thun haben; doch
darauf konnten wir nicht reagieren, und rüchten uns nicht
barnach, wer von den Gehülfen als Vorsitzender den Meistern
angenehm ist. Bei der ersten Verhandlung ließ man es
unter keinen Umständen zu, daß der Bevollmächtigte der
Zahlstelle theilnehme, weil er nicht mehr im Betriebe prak-
tisch thätig ist. Bei einer weiteren Vorstellung der Gehülfen
bei dem Vorsitzenden der Meisterkommission, welche das
Ersuchen an Besten stellten, doch eine weitere Verhand-
lung zu Stande kommen zu lassen, erklärte der Meister,
die Arbeitgeber wollten weiter verhandeln, wenn die Ge-
hülfen eine gemachte Aeußerung im "Sächsischen Volks-
blatt", in welcher die Meister beschuldigt wurden, den
Streik provokirt zu haben, zurücknehmen, resp. durch ein
Schreiben an die Meisterkommission richtigstellen würden.
Nach diesem Wunsche ist von Seiten der Gehülfen nachge-
kommen worden, um irgend eine Möglichkeit zu bieten,
in Unterhandlung zu treten. Dies betreffende Schreiben
wurde aber, weil die Meister von unserem Streikvorsitzenden
nichts wissen wollten, nur einfach mit "Die Lohnkommission"
unterschieden; dieses Schreiben fand vor den Augen der
Meister wieder keine Gnade, weil kein Name mit unter-
zeichnet war.

Ferner haben die Meister eine Kommission gewählt,
welche einen Affordtarif ausarbeiten soll. Der Vorsitzende
derselben versprach den Streikenden, dahin wirken zu wollen,
daß auch Gehülfen zu dieser Verathung hinzugezogen
würden. Die Streikenden warten nun schon drei Wochen
vergeblich darauf, daß sie zu einer Sitzung eingeladen
werden.

Wir haben nun in Erfahrung gebracht, daß die Meister
auf eigene Faust einen Affordtarif ausgearbeitet haben,
nachdem in einer vorhergehenden Sitzung beschlaffen worden
ist, keine Gehülfen zur Ausarbeitung des Tarif's zuzuziehen.
Die Streikenden werden eben von Seiten der Meister voll-
ständig ignort. Daß unter solchen Umständen eine Ein-
gung niemals zu Stande kommen kann, ist doch selbst-
verständlich. Und da wollen die Herren noch behaupten,
die Gehülfen seien schuld daran, daß nichts zu Stande
komme, die Gehülfen hätten überhaupt keine Lust zum
Arbeiten; sie werden also dadurch zu arbeitscheuen Menschen
gestempelt.

Daß es den Meistern zu gegebenen Zeiten garnicht auf
ein paar Mark ankommt, haben wir schon zur Genüge
erfahren müssen. Wir glauben, nicht fehlzugreifen, wenn
wir behaupten, daß die Meister durch Annonciren in aus-
ländischen Blättern und Zahlen von Löhnen an ganz minder-
wertige Arbeitskräfte schon viel mehr ausgeben haben,
als was sie bei Bewilligung der Forderung ihren Gehülfen
in Jahren erst zu zahlen hätten. So zahlst z. B. ein Arbeit-
geber einem Gehülfen M. 30 Wochenlohn und die Post,
außerdem noch Jahrgeld nach seiner in der Nähe gelegenen
Heimatstadt. Ein Anderer beschäftigt zwei Meister mit
ihren Söhnen zu solchen Löhnen, wie es den hiesigen Ge-
hülfen garnicht eingefallen ist, zu fordern.

Auch mit dem Ausschreiben von Bügelnachrichten nehmen es die Herren nicht so genau; nach auswärts verbreiten sie die Gerüchte, daß die Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt hätten, somit der Streik beendet wäre, nur um möglichst viel Zugug zu erhalten. Die Herren mögen aber die Rechnung immer ohne die Streikenden, denn kaum hat ein Meister für schweres Geld und gute Worte einen Arbeitswilligen gefunden, so wird er ihm auch schon wieder vor der Nase weggeschmabbt und der arme, um viele Mark leichter gewordene Meister hat das Nachsehen.

Ein anderes Rezept verfolgen die Meister jetzt mit allem Eifer, und man muß gestehen, daß sie darin auch einige Erfolge erzielt haben. Sie lassen nämlich die Arbeit außerhalb anfertigen, und das wird so gemacht: Ein Tischlermeister geht zu einem guten Freund, einem Schuhmachermeister, derselbe bestellt die Arbeit z. B. in Delnitz für sich, und glauben die Meister, dadurch die Streikenden hinter's Licht geführt zu haben. Aber, o Graus, die rächende Nemesis kommt in Gestalt zweier Gehilfen aus Plauen, welche von Delnitz aus benachrichtigt sind, und beden nun das arme Meisterlein so gehörig zu, daß er in seiner Angst sich keinen anderen Rath weiß, als die halbfertige Arbeit aufzuladen und nach Plauer zurückzubefördern. Andere bestellen die Arbeit in Freiberg, von dort geht die Bestellung weiter nach Dresden und schließlich nach Pirna, wo die Arbeit fertiggestellt wird und auf demselben Wege wieder zurückgeht.

Daß dies nun Alles viel Geld kostet, liegt doch klar auf der Hand. Dann behaupten die Herren noch, sie bekommen die Arbeit von außen billiger. Wer ist es denn nun, der das Handwerk am Orte ruiniert? Die Gehilfen doch gewiß nicht, sondern doch lediglich nur die Arbeitgeber, welche ja die Arbeit nach auswärts schaffen. Recht verärgert sind die Meister darüber, daß, trotzdem man doch annehmen muß, daß, je länger der Ausstand dauert, die Erbitterung unter den Streikenden wächst, die Polizei noch keinen Anlaß finden konnte, einzuschreiten; die Meister versuchen mit allen Mitteln, die Gehilfen dazu zu provozieren, sie würden sich doch natürlich in's Fräufchen lachen, wenn einige Kollegen auf einige Wochen in Staatspension kämen. Aber die organisierten Tischler sind so geschult, daß derartige Erzeße gar nicht vorzukommen können; ja, die Polizei muß sogar den streikenden Tischlern ihre Anerkennung für ihr musterhaftes Verhalten zollen.

Die Meister erwarten jetzt am 1. Juli, wo der Miethzins fällig ist, eine Anzahl Streikbrecher, aber auch darin haben sich schon die hiesigen Kollegen geäußert. Ein Meister hatte sogar schon das Gerücht ausgesprengt, nächste Woche hätten wir kein Geld mehr zum Auszahlen, weil wir keine Streikunterstützung mehr bekämen. Na, wir können den Meistern von Plauen verrathen, daß der Verband so viel Geld hat, daß er den Plauenischen Meistern ihre jämmerlichen Buben ablaufen könnte. Die Kollegen allerorts erkennen daraus, daß die Meister an Spitzfindigkeit den Kasseleuten in nichts nachstehen, daß auch hier der Streik sich zur Machfrage zugespitzt hat und es darauf ankommt, wer es am längsten anhält.

Wir haben hier mit keinem verständigen, sondern mit einem ganz prozigen Arbeitgeberhain zu rechnen, darum wird hier der Kampf geführt werden bis auf's Messer. Wenn in einer Stadt von nahezu 100 000 Einwohnern, die bald als Großstadt mitzählt, noch solche Mißstände herrschen wie in Plauen, wo noch kein Uffortarif besteht, wo Differenzen von M. 1 zwischen den einzelnen Arbeiten, z. B. einfache Ähren, in den verschiedenen Werkstätten herrschen, wo eine Differenz der Arbeitszeit zwischen 58 bis 65 Stunden existirt, dann ist es einfach Pflicht der Kollegen, diese Mißstände abzuschaffen.

Nur sechs Streikbrecher haben wir bis jetzt zu verzeichnen und etwa 25 arbeiten als Arbeitswillige, nicht 78, wie die Arbeitgeber in hiesigen Blättern schreiben.

Wir richten deshalb an alle Kollegen die Aufforderung, Plauen i. V. zu meiden, uns zu unterstützen dadurch, daß keine Streikarbeit für Plauen gemacht wird, dann wird und muß der Sieg unser sein. Daß unsere Arbeitgeber die Forderungen sehr gut bewilligen können, beweisen sie dadurch, daß sie ihren Arbeitswilligen Zugeständnisse machen, wie sie die Streikenden garnicht forderten. Wir können den Meistern zurufen, daß es nur Niederträchtigkeit und brutale Herrschsucht ihrerseits ist, welche keinen vernünftigen Gedanken in ihrem Hirn aufkommen lassen. Sie können wohl, aber sie wollen einfach nichts bewilligen, die Gehilfen sollen wie winselnde Hunde zu ihnen gekrochen kommen und um Gnade flehen; sie können es nicht vertragen, daß sie Männer in ihren Werkstätten stehen haben, sie wollen nur Kriecher und Speichellecker. Darauf werden die Meister Plauens vergeblich warten. Die Kollegen Deutschlands werden uns zu unserem Siege verhelfen; wir halten's aus, währt's noch so lang.

Girsch-Dunder'sche Versammlungsfreiheit.

Am 11. d. M. hatte der Gesellenausschuß der Tischlerinnung zu Weutchen i. Obereschlesien eine öffentliche Tischlerversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Kollegen zur Durchführung der andert-halbshündigen Mittagspause und zu einem Minimallohn von 35 ¢ pro Stunde.“ Der Gesellenausschuß ist meist aus Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzt und so eröffnete eines dieser Mitglieder die Versammlung unter Bekanntgabe der Tagesordnung, an die sich gleich die Forderung, welche den Meistern unterbreitet werden soll, anschließt, und zwar wurde das derartig eingeleitet, daß die circa 100 Anwesenden, zum großen Teil Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, nur ihre Zustimmung zu geben brauchten und dann wie die Schafe auseinander gehen konnten. Doch wurde den guten Leuten, die diese Forderungen schon in ihren Versammlungen eingehend erörtert haben, und nun mit ihrem Plan an die Öffentlichkeit traten, dieser gefallen nicht gethan. Als ein Kollege die Bureauwahl beantragte, wurde ihm von einem Girsch-Dunder'schen aus dem Gesellenausschuß eröffnet, daß diese Versammlung eine solche des Gesellenausschusses sei. Als Kollege Gionner sich an der Debatte betheiligte, wurde ihm das Wort entzogen, weil er hier nicht beschäftigt sei; derselbe protestirte entschieden gegen diese Auffassung, daß die Versammlung als die des Gesellenausschusses gelten könne. Unsere Kollegen drängten darauf, zu erfahren, wie man eigentlich denkt, die

Forderungen durchzubrüden, so wiederholte der geniale Leiter der Versammlung, was er bei der Eröffnung schon gesagt hat. (Das hat er anscheinend auswendig gelernt.) Der Gesellenausschuß unterbreitet das den Meistern und jeder Werkstatt soll es überlassen werden, mit ihren Meistern zu unterhandeln. Zur zweiten Forderung wurde vom Vorsitzenden ausgeführt, daß die Meister den Wunsch äußerten, die Gesellen möchten einen Tarif ausarbeiten; den Wünschen der Meister muß Rechnung getragen werden, und so wurde eine Kommission gewählt, die mit der Ausarbeitung eines Tarifs beauftragt wurde; selber haben sich auch Mitglieder des Verbandes in die Kommission mit hinein wählen lassen. Diese zeitraubende Ausarbeitung eines Tarifs sollten unsere Kollegen lieber für die Agitation verwenden, um unseren Verband so zu stärken, daß von Verbänden wegen Forderungen gestellt werden können, welcher sie auch nachdrücklich durchzusetzen im Stande ist. Von Girsch-Dunderianern wurde noch eine große Klugheit verrathen, die der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden kann. Es wurde ausgeführt, daß die Forderungen so schnell wie möglich unterbreitet werden müssen, denn die Meister haben Anfang Juli ihre Versammlung, und da könnten sie Beschluß fassen über die Forderungen der Gesellen. Nun aber staune und höre: „Auch hier ist die Krise noch nicht zu Ende und da müßte die Einreichung der Forderungen beschleunigt werden, denn gegen Herbst, wenn das Geschäft flott geht, wäre keine Zeit dazu, da müßten die Gesellen arbeiten, daß sie was verdienen.“ Unseren Kollegen ist es nicht möglich, sich zu versammeln, da die Polizei jede Versammlung verhindert; der Anmeldung legt sie nichts in den Weg, aber dem betreffenden Gastwirth, der es einmal magt, für eine Versammlung Zusage zu machen, wird mit der Entziehung der Konzession gedroht und lassen sich die Herren in das Bodschorn jagen und ziehen die Zusage wieder zurück; dagegen kann der Gewerksverein ungenirt Versammlungen abhalten.

Kollegen, hieraus ersehen wir, wie ungerecht wir behandelt werden. Jeder einsichtige Kollege muß für den Verband agitiren und ihm neue Mitglieder zuführen, dann wird es möglich sein, auch Lokale für unsere Versammlungen zu erringen.

Agitationsbericht aus dem 10. Gau.

Schon im Vorjahre war es der Wunsch des Vorstandes des Gaues Hannover, einmal eine weibliche Referentin zur Agitation heranzuziehen. Unser Wunsch wurde damals bei der allgemeinen Agitationstour vom Vorstände nicht berücksichtigt. In diesem Jahre erklärte sich nun Genossin Steinbach-Gamburg bereit, eine Tour im diesseitigen Gau zu übernehmen und gebe ich auf Wunsch der Frau Steinbach einen kurzen Bericht über diese Tour.

Die erste Versammlung fand am 1. April in Gainsholz statt, wenn unsere dortigen Kollegen und Kolleginnen schon seit Jahren einen weiblichen Referenten gewünscht hatten, so ließ der Besuch sehr zu wünschen übrig.

Die am 2. April in Hildesheim stattgefundene Versammlung war gut besucht, und dürfen wir mit dem Erfolg zufrieden sein; dagegen war die speziell für Knopf-arbeiter und Arbeiterinnen zum 3. April, Abends 6 Uhr, in Hannover nach einem Lokale vor der Fabrik der Firma Gemperk & Meinrath, wo circa 250 Personen beschäftigt sind, einberufene Versammlung schwach besucht.

An demselben Abend, 9 Uhr, sollte eine allgemeine Versammlung der Holzarbeiter und deren Frauen im Gewerkschaftshause in Hannover stattfinden, doch wurde dieselbe durch polizeiliche „Fürsorge“ vereitelt. Obwohl die Versammlung als öffentliche angemeldet, war der zur Ueberwachung erschienenen Beamte der Ueberzeugung, daß es eine Mitgliederversammlung des Verbandes sei, die Zahlstelle des Verbandes sei „politisch“, und da müßten anwesende Frauen in ein festes „Segment“. Eine Reihe Tische, welche zwischen beiden Geschlechtern plazirt wurde, genügte dem Beamten nicht, als der Einberufer die Versammlung eröffnete, wurde dieselbe aufgelöst.

Die Versammlungen in Peine, Münden und Hameln am 4., 5. und 6. April waren besiedigend besucht.

Unsere Kollegen in Golsminde hatten leider eine Versammlung nicht einberufen, doch dürfte auch hier die Besprechung, welche Frau Steinbach mit den Kollegen hatte, von Nutzen gewesen sein.

In Lauterberg, wo am 8. April Versammlung stattfand, war dieselbe sehr stark besucht, so daß der zuerst in Aussicht genommene kleinere Saal nicht alle fassen konnte, und darum der große Festsaal des „Hotel zur Krone“ nach schleunigst hergerichtet werden mußte, und auch dieser konnte kaum die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stuhlindustrie fassen. Die Versammlung hat uns eine ganze Reihe neuer Mitglieder gebracht.

In der Versammlung am 9. April in Göttingen waren circa 70 Personen erschienen.

Dagegen bot wieder am nächsten Tage, Charfreitag, die Versammlung in Cassel, im „Wunten Bod“, ein Bild regsten, begeistertsten Lebens! Der geräumige Saal konnte die Erschienenen kaum fassen, und das trotzdem die zur Zeit im harten Kampf um ihr Recht ringenden Kollegen in den letzten Wochen wahrhaftig keinen Mangel an Versammlungen hatten. Hier fand der feurige Appell der Referentin an den praktischen Idealismus nicht nur bei den Männern, sondern auch ganz besonders bei den zahlreich erschienenen Frauen, den Kämpfern treu und tapfer zur Seite zu stehen, begeistert Zustimmung. Damit war die erste Hälfte der Agitationstour für den Hannoverschen Gau vor Ostern beendet.

Am 3. Mai begann Frau Steinbach die zweite Hälfte der Tour mit einer Versammlung in Burgdorf, und dürfen wir hier mit dem Erfolg zufrieden sein.

In Bielefeld fanden am 4. Mai zwei öffentliche Versammlungen statt, und zwar Abends 6 und 9 Uhr. Beide Versammlungen waren schlecht besucht.

In Detmold waren am 6. Mai circa 90 Personen erschienen und dürfen wir auch hier mit dem Erfolg zufrieden sein.

Le m g o hatte am 7. Mai eine sehr stark besuchte Versammlung aufzuweisen, und dürfte der Erfolg nicht ausbleiben.

In O l o m b e r g hatte der hochwohlwollende Herr Bürgermeister unserem Bevollmächtigten, der die öffentliche Holzarbeiterversammlung zum 8. Mai anmelde, rundweg erklart: wenn da ein „Frauenzimmer“ reden solle, ertheile er über die Anmeldung keine Bescheinigung! Er dulde überhaupt nicht wieder, daß in Olomberg eine „Frauensperson“ öffentlich aufträte! Wahrscheinlich hatte die kurz vorher dort gemene Frau Fiech ihm Schmerzen bereitet, Erst nach wiederholten persönlichen Versuchen und schließlich schriftlich eingereichter Anmeldung hatten die Kollegen die Bescheinigung gegen M. 1.50 für — Schreibgebühr erhalten, und zwar erst am Tage, wo die Versammlung stattfinden sollte, so daß die Kollegen in der Ungewißheit, ob nicht doch wieder einmal Gewalt vor Recht gehen würde, aus Vor-sorge um einen eventuellen Erstatmanu an den Gauvorsteher telegraphirt hatten; insolge dessen erfreute sich die von circa 70 Personen besuchte Holzarbeiterversammlung a w e i e r Referenten. Nachdem Genossin Steinbach, das „Frauenszimmer“, von den zwei überwachenden Beamten unbelästigt, ihren Vortrag beendet hatte, nahm der als Helfer in eventueller Noth herbeigerufene Kollege Schred aus Bielefeld das Wort, um den Anwesenden mit Zahlenmaterial die den Kollegen seit dem bald zehnjährigen Bestehen des Verbandes durch denselben zu Theil gewordenen Leistungen vor Augen zu führen.

In Herford war die Versammlung am 9. Mai schwach besucht. Zwei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen.

Am 10. Mai fanden zwei Versammlungen statt, und zwar Vormittags in Deynhäusen und Nachmittags in Schötmar-Salzulen. Beide waren sehr stark besucht, und ist zu hoffen, daß vor allen Dingen in Deynhäusen diese Versammlung unsere Kollegen endlich zur Einsicht gebracht hat.

In Schilbesche war das allerbings keine Versammlungslotal bis auf's letzte Plätzchen besetzt, und dürfte auch hier der Vortrag aufgerüttelt haben.

Am 12. Mai fand Versammlung in Wünde statt. Das Versammlungslotal war überfüllt. Nach dem Vortrage wurden circa 25 Mitglieder für unseren Verband gewonnen, auch die übrigen Gewerkschaften haben insgesamt circa 80 Mann aufgenommen.

Die Versammlung in Minden i. W. war zwar nur mäßig besucht, doch ließen sich sechs Kollegen in den Verband aufnehmen.

Am 13. Mai fand dann in Hannover eine Versammlung für die am 8. April aufgelöste statt, in welcher diesmal Frau Steinbach ungehindert reden durfte. Die Versammlung war sehr stark, besonders von Frauen, besucht. Der Vortrag von Frau Steinbach wurde von den Hannoverschen Kollegen sehr beifällig aufgenommen.

Mit der Versammlung in Celle, am 15. Mai, endete die Tour von Frau Steinbach. Auch diese Versammlung ist brillant verlaufen.

Nun noch einige Worte zum Schluß. Einige Kollegen konnten nicht verstehen, wie wir dazu kommen konnten, einen weiblichen Referenten zur Agitation für den Verband heranzuziehen. „Es giebt doch Kollegen, die ebenso gut reden wie eine Frau!“ sagte mir vor der Tour ein Kollege. Dieses gebe ich gern zu, aber zunächst muß der Redner die Leute, zu denen er reden will, die er für uns gewinnen will, in der Versammlung haben, und da darf ich offen sagen, die Versammlungen von Frau Steinbach haben „gezogen“; während die Tour im Vorjahre fast nur schlecht besuchte Versammlungen auftraten, waren die diesjährigen, wo eine „Frau“ sprach, fast durchweg gut besucht, trotz der nicht günstigen Zeit. Im Ferneren halte ich es für nothwendig, daß man sich für die Auffklärung der Frauen unserer Mitglieder mehr als bisher seitens unserer Gewerkschaften thut. Wir sehen es bei jedem Streik, daß uns die Frauen recht oft „einen Strich durch die Rechnung machen“. Wie oft läßt ein Kollege sich von dem Gemummer der Frau zum Streikbrecher verleiten. Wir sind Fälle bekannt, wo die Frau sinitz ganz standhafte Kollegen bei Lohnbewegungen rein zur Verzweiflung gebracht hat, und da meine ich, wenn dann, wie bei dieser Tour, fast alle Versammlungen für die „Holzarbeiter und deren Frauen“ arrangirt werden, und ein weiblicher Referent ist angegeben, dann werden die Frauen viel eher in die Versammlung gehen, als wenn ein Mann als Referent angegeben ist! Und dann wird es möglich sein, auch die Frauen im Laufe der Zeit für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Als Thema wurde in 14 Versammlungen behandelt: „Der Werth der Gewerkschaften für das Familienleben!“, während Frau Steinbach in den übrigen Versammlungen über: „Praktischer Idealismus im Klassenkampfe“ sprach. Wir sind mit dem Verlauf der Agitationstour sehr zufrieden, und können den Kollegen der übrigen Gawe nur einen Versuch mit einem weiblichen Referenten empfehlen. Vor Allem zeichnete die Referentin sich dadurch aus, daß sie das gewerkschaftliche Gebiet genau kennt, was man leider nicht von Allen, die für die Gewerkschaften als Referentinnen thätig sind, sagen kann.

Gustav Becker.

Fünfter Verbandstag des schwedischen Holzarbeiterverbandes in Stockholm.

Vom 19. bis einschließlich 23. Mai hielt unsere schwedische Bruderorganisation im „Stockholmer Volkshaus“ ihren fünften Verbandstag ab. 78 Delegirte aus 73 Gewerkschaften waren außer dem Hauptvorstande erschienen. Außerdem waren die dänischen Holzarbeiterorganisationen (Zimmererverband und Tischlerverband) durch je einen Delegirten vertreten.

Den Geschäftsbericht der dreijährigen Geschäftsperiode erstattete Kollege Ewen Persson. Wir entnehmen dem Geschäftsbericht einige der wichtigeren Daten. Auf die Mitgliederzahl des Verbandes übte die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Krise zunächst einen unheilvollen Einfluß aus, 1900 zählte der Verband 6301 Mitglieder in 122 Zweigvereinen, welche Zahl sich infolge der Krise auf 4501 Mitglieder Ende 1901 reduzirte. Gegenwärtig ist aber ein Zuwachs wieder zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 5090 in 122 Zweigvereinen beträgt. Die Einnahmen des Verbandes betragen Kr. 226 714.22. Zu dem Generalfonds trug der Verband mit Kr. 5764.66 bei. Das Kapitel „Lohnbewegung“ ist besonders interessant. Die Zahl der Konflikte betrug insgesamt 80, wovon 63 ohne Arbeitsniederlegung abgelaufen sind. Von den 63 galten 49 direkt den Lohn- und Arbeits-

**Verhältnissen.** Sie umfaßten zusammen 2587 Arbeiter, wovon 1852 eine Lohnerhöhung von 1 bis 6 Öre pro Stunde errungen, das macht ein erhöhtes Jahreseinkommen für diese Mitglieder von Fr. 184 500 oder pro Mann im Durchschnitt Fr. 99,40. Weiter waren 14 Konflikte zu führen, um Lohnreduktionen vorzubeugen. Es gelang an 11 Plätzen, solche zu verhindern und an einigen davon wurden korporative Arbeitsverträge geschlossen. In 14 Fällen wurden Mitglieder des Verbandes ausgespart. In Allem wurden während der Geschäftsperiode 5311 Mitglieder im Konflikt gewesen. Für 2406 galt es Lohnreduktion abzuwehren und für 2905 eine Lohnerhöhung zu erlangen. Für die Letzteren ist es gelungen, einen Mehrerwerb von Fr. 829 250 pro Jahr, d. i. Fr. 118,84 pro Mitglied, zu erringen. Insgesamt gingen in diesen Konflikten 84 120 Arbeitstage verloren und die Summe der vom Verbande ausgezahlten diesbezüglichen Unterstüßungen betrug Fr. 116 201,31. Zuglich ber an andere der Landesorganisation der Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen gemeinsamen Unterstüßungen für Konflikte beträgt die Gesamtsumme Fr. 133 076. Der Geschäftsbericht wurde ohne Debatte angenommen und dem Vorstande dankbar Decharge ertheilt. Von den zahlreichen Beschlüssen, die der Verbandstag gefaßt, müssen wir uns Raumes halber damit begnügen, die wichtigsten herauszuziehen. Die Beitragsfrage beschäftigte den Verbandstag in ausgiebigstem Maße. Es lagen nicht weniger als 9 Anträge vor auf Uebergang vom Monats- zum Wochenbeitrag. Beschlossen wurde, einen Wochenbeitrag von 20 Öre einzuführen. Die Agitation soll planmäßig vom Verbandsvorstand geleitet werden und zwar sowohl mündlich durch fest angestellte Agitatoren, als schriftlich. Vor Allem sollen die „dunklen“ Gegenden, Smaland, Nowland und Westschweden bearbeitet werden. — Das Organ „Träarbetaren“ soll auch für die Folge nur als Quartalsbericht erscheinen. — Die Einführung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung fand große Sympathien auf dem Kongress. Man beschloß, den Vorstand zu beauftragen, in den Jahren 1904 bis 1905 genaue Untersuchungen einzuleiten und auf Grund des gewonnenen Materials sind dem nächsten Verbandstage diesbezügliche Vorschläge zu machen. — Bezüglich des Arbeitsnachweises wurde die Sympathie des Verbandstages für die kommunalen Arbeitsnachweise ausgesprochen. Man fand es zwecklos, gegenwärtig auf diesem Gebiete soweit vorzugehen, weil dadurch dem kommunalen Arbeitsnachweises Hindernisse in den Weg gelegt werden. Daher sollen die örtlichen Vorstände der Verbandsfilialen nur genaue Berichte über den Stand des Arbeitsmarktes einliefern. — Bezüglich der einheitlichen Verwaltungsstellen an Orten, wo mehrere Zweigstellen des Verbandes vorhanden sind, wurde beschloffen, solche zu errichten, jedoch hat der Beschluß einstweilen keine bindende Wirkung, sondern wird den Mitgliedschaften möglichst freie Hand gewährt.

Die Statutenberathung führte zu weitgehenden Veränderungen. Die Mitgliedschaft im Verbandsverbanden für die Folge alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie erwerben. Hiermit hat der Verband sich ungefähr dasselbe Tätigkeitsgebiet gezeit, wie es in unserem deutschen Verbande der Fall ist. Der niedrigste Beitrag, der von den Zweigvereinen erhoben werden darf, ist pro Woche 80 Öre, wovon 20 je der Hauptkassse zufallen. Mitglieder, welche mindestens 14 Tage durch Krankheit zur Arbeit unfähig sind, sowie ihrer Militärpflicht genügende Mitglieder sind von der Beitragspflicht entbunden. Ferner wurde der Genuß von alkoholischen Getränken auf den Arbeitsplätzen den Mitgliedern verboten, soweit es sich durchführen läßt. Weiter ist die Organisation der Lehrlinge, beschloß der Verbandstag, besondere Lehrlingssektionen zu gründen. — Ferner hat der Verbandsvorstand für besondere Berufsorganisationen Lohnstarife auszuarbeiten, um einen einheitlichen, auf die jeweiligen lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmenden Lohnstarif für das ganze Land zu bekommen, diese Lohnstarife sollen dann, soweit möglich, zur Einführung gebracht werden. — Ein Antrag, der die Stellung des Verbandstages zur Frage der Reorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausforschen wollte, wurde durch eine Resolution vernünftigerweise abgewiesen, in der ausgesprochen wird, daß dies Sache der Partei selbst ist. Jedoch wird betont, daß auch die schwedischen Holzarbeiter nur in der Sozialdemokratie die einzig in Betracht kommende politische Interessenvertretung der Arbeiter erblicken. — Internationale Beziehungen soll der Verband für die Folge mit den Bruderorganisationen in Dänemark und Norwegen, sowie auch den in anderen Ländern, soweit es sich machen läßt, pflegen. — Das Gehalt des Vertrauensmannes und des Kassiers wurde auf Fr. 1800 pro Jahr festgesetzt; der Sekretär erhält eine Entschädigung von Fr. 250, die übrigen Vorstandsmitglieder eine solche von Fr. 100 pro Jahr. Der nächste Kongress findet 1906 in Stockholm statt. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Sven Persson wiedergewählt, desgleichen Kollege Widegren als Kassierer.

Zum Anschluß an den Verbandstag hielt die Krankens- und Veerdigungs-kasse des schwedischen Holzarbeiterverbandes ihre erste Generalversammlung ab, an welcher 17 Vertreter aus 28 Verwaltungsstellen theilnahmen. Die Kasse besteht, wie unsere Leser sich noch erinnern werden, erst seit zwei Jahren. Es ist ihr dennoch trotz der schlechten Konjunkturlagen gelungen, einigermaßen festen Fuß zu erlangen, und ihre Zukunft scheint auf alle Fälle gesichert. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1903 543. Krankenunterstützung wurde im Laufe des Jahres an 122 Personen gezahlt für insgesammt 2186 Tage. Die Ursachen der Krankheiten waren verschiedener Natur. Die Rubrik „Unfälle“ nimmt jedoch einen großen Theil für sich in Anspruch oder 36 Personen mit 468 Tagen, und Ungekrankheiten mit 9 Personen und 496 Tageläuter des Unterstützungsbezuges. Insgesammt hat die Kasse bisher Krankengeld an 205 Mitglieder für 4129 Tage in der Höhe von Fr. 8336,75 ausgezahlt. — Der Bericht wurde einstimmig angenommen. Von den gefaßten Beschlüssen ist hier nur einer zu nennen: demnach können Mitglieder der Kasse, welche in anderen Verufen Arbeit nehmen und somit aus dem Holzarbeiterverband ausscheiden, ihre Mitgliedschaft beibehalten, wenn sie einer anderen von der Arbeiterpartei anerkannten Organisation angehören und dort ihren Verpflichtungen nachkommen. — Zum Kassierer wurde Kollege Erik Brante.

### Rundschau.

**Die erste Wahlschlacht ist vorküber.** Die Sozialdemokratie hat einen ungeheuren Erfolg errungen, 66 Mandate und 8 Millionen Stimmen. Das ist die Frucht der regen Aufklärungsarbeit seitens aller denkenden Arbeiter, aber auch die Ernte der reaktionären Lebensmittelvertreterpolitik. Ganz elend sind die Vorkwucherer hineingefallen, zwei ihrer Hauptführer sind nicht wiederergewählt. Andere, die in Stichwahl kommen, dürften sich den Reichstag von draußen ansehen. Am allererschlechtesten sind die drei liberalen Parteien hinwegkommen; nicht ein einziges Mandat von 60 innegehabten haben sie in der Stichwahl halten können, in 43 Wahlkreisen kommen sie in Stichwahl, aber kaum in der Hälfte dürften sie siegen, in einzelnen nur mit Hilfe der Sozialdemokraten. Die Nationalliberalen haben von 58 Mandaten in der Hauptwahl nur 5 behauptet; die Antisemiten von 12 eins; die Konservativen von 72 37, in 68 kommen sie in Stichwahl; die Nationalsozialisten, welche vor der Wahl schon diverse Mandate in der Tasche hatten, kommen in zwei oder drei Wahlkreisen in Stichwahl. Welchen Erfolg die Stichwahlen der Sozialdemokratie noch bringen wird, ist heute noch nicht zu sagen; sicher ist, daß so ziemlich die gesammten reaktionären Parteien geschlossen gegen sie stimmen werden, wenigstens ist eine solche Parole von den führenden Organen bereits ausgegeben. Ob alle liberalen sich hier eine gleiche Parole ausgeben, ist fraglich, sintermalen eine ganze Anzahl liberaler Kandidaten nur mit Hilfe der Sozialdemokraten siegen können. Die „Berliner Volkszeitung“ fordert die liberalen Wähler aus, soweit sie zwischen einem Vorkwucherer und einem Sozialdemokraten zu entscheiden haben, für Letzteren zu stimmen. Nun, wie die Entscheidung am 25. Juni auch falle, das Eine steht fest, mit der stetig vordrängenden Sozialdemokratie werden die Parteien und die Regierung im Reichstage und im Reich rechnen müssen; die volksfeindliche Politik der Regierung hat zum guten Theil die Niederlage ihrer Anhänger verschuldet und die Massen des Volkes aufgerüttelt; mag sie eine Lethy aus den Hauptwahlen ziehen und mit jener Politik brechen, die die Lebensmittel der großen Masse des Volkes vertheuert zu Gunsten einiger weniger nimmerjatter Agrarier. Mag die Regierung aufhören, Entrechtungspläne gegen die Arbeiter zu schmieden, vielmehr Wege einschlagen, die eine friedliche Lösung der heutigen scharfen Gegensätze ermöglichen.

**Ueber die Streiklausel zu Submittionsbedingungen** hat das Aeltestenkollegium der Kaufmannschaft in Berlin verhandelt. Der Bauarbeitgeberbund hatte verlangt, daß im Falle eines Streikes die Herstellungs- und Lieferungszeit sich um die Dauer desselben verlängere. Das Kollegium sprach den Wunsch aus, daß wenigstens in dem Falle, wo der Streik Gegenstand einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht oder Einigungsamt geworden ist, das Ergebnis dieser Verhandlung zur Grundlage der Entscheidung gemacht würde. Sei aus dem Vereinbarungprotokoll oder aus dem Schiedsspruche zu entnehmen, daß der Streik ohne berechtigten Grund begonnen worden sei, so sollte die Behörde den Unternehmer als entschuldigend ansehen.

Wie die Erfahrung schon so oft lehrt, weigern sich die Unternehmer, vor den von den Arbeitern angerufenen Einigungsämtern zu erscheinen, wohl nicht mit Unrecht deshalb, weil sie befürchten, daß in den allermeisten Fällen entschieden werden könne, daß der Streik kein unberechtigter sei, und sicher in eben so vielen Fällen Vereinbarungen zu Stande kämen, die, wenn sie den Behörden zur Beurtheilung als Grundlage dienen sollten, manchen Unternehmer recht unangenehm berühren würden. Kommt es doch sehr oft vor, daß die Unternehmer Streiks provozieren, nur um sich um die rechtzeitige Lieferungsfrist herumzudrehen zu können. Wollte das Aeltestenkollegium der Kaufmannschaft hierin Wandel schaffen, dann müßte es an unabhängiger Stelle fordern, daß die Unternehmer verpflichtet werden, vor dem Einigungsamt zu erscheinen und zu verhandeln, wenn sie von demselben geladen werden. Ein dahingehendes Ersuchen ist von 32 Arbeitnehmern des Berliner Gewerbegerichts an dieses gestellt worden: es wollte durch seinen Ausschuß über den Ausbau der Koalitionsrechte beraten und an die gelehrenden Körperschaften den Antrag auf Erlaß folgenden Gesetzes richten: an Stelle der §§ 152, 153 der G.-D. tritt die Bestimmung: „Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen haben zur Schlichtung von Streitigkeiten, welche zur Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter führen können, beim Gewerbegericht des Bezirkes, in dem sie ihren Sitz haben, zu erscheinen und zu verhandeln.“

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

In der abgelaufenen Woche sind die Abrechnungsformulare für das zweite Quartal nebst einem Zirkular an alle Zahlstellen versandt worden. Zugleich war der Sendung ein Protokoll der Verhandlungen des zweiten Bauarbeiterfuchs-Kongresses für die Zahlstellenbibliothek beigelegt. Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen oder die Formulare für die Abrechnung nicht ausreichend sein, so bitten wir um sofortige Benachrichtigung. Zugleich ersuchen wir dringend, die Abrechnung rechtzeitig, das heißt spätestens bis 15. Juli, einzusenden. Die vorhandenen Verbandsgeber dagegen sollten möglichst noch vor dem 1. Juli an die Hauptkasse eingesandt werden.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Quartalschluß machen wir die Refanten unter den Verbandsmitgliedern nochmals darauf aufmerksam, daß alle Restbeiträge & 25 & spätestens bis 1. Juli entrichtet werden müssen. Die Zahlstellenkassierer haben die übrigen alten Beitragsmarken & 25 & mit der Abrechnung für das zweite Quartal an die Hauptkasse einzusenden

und aus diesem Grunde keine Möglichkeit, nach Schluß des zweiten Quartals noch Nachzahlungen vor dem 1. April fälliger Beiträge anzunehmen. Diejenigen Refanten, welche die Zahlungsfrist bis 1. Juli versäumen sollten, würden also ihrer alten Mitgliedsrechte verlustig gehen. Für die Zukunft bitten wir weiter beachten zu wollen, daß nach dem neuen Statut Beitragsrückstände nur bis zu acht Wochen und Stundung nur bis zu dreizehn Wochen gestattet sind.

Zufolge Beschlusses der Hauptkassen-Revisoren bringen wir hiermit den Zahlstellenkassirern die Vorschriften des Verbandsstatuts in Erinnerung, wonach jede an die Hauptkassse gerichtete Geldsendung unter Angabe des Datums und der Summe an den beauftragten Revisor der Hauptkassse zu melden ist. Vorgebrachte Postkarten zu diesem Zweck stehen allen Kassirern zur Verfügung. Wir ersuchen bringend, dieser Vorschriften fortan in jedem Falle nachzukommen.

Ferner machen wir die Zahlstellenkassierer wiederholt darauf aufmerksam, daß zum Quittieren des Eintrittsgeldes keine Marken mehr zu verwenden sind. Unter Hinweis auf unsere früheren Bekanntmachungen in dieser Sache, ersuchen wir bringend, bei Ausfertigung neuer Mitgliedsbücher für das Eintrittsgeld keine Marken mehr einzulegen, sondern die für die Marken vorgesehenen Rubriken auf dem Titelblatt nur mit dem Markenstempel abzustempeln.

Mitglieder, welche umziehen und Anspruch auf Umzugsunterstützung erheben wollen, haben nach § 44 des Statuts ihren diesbezüglichen Antrag rechtzeitig vor dem Umzug in der Zahlstelle ihres seitherigen Wohnortes einzulegen. Jede Versäumnis dieser Vorschrift verzbürgt die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung und kann unter Umständen deren Verweigerung überhaupt zur Folge haben.

Stuttgart, den 20. Juni 1903.  
Der Verbandsvorstand.

### Sterbefaßel.

Jacob Jetter, Schreiner, geb. 17. 6. 62 zu Mütlstadt, gest. 13. 6. 03 zu Stuttgart.  
Geurich Hartmann, Tischler, geb. 7. 12. 59 zu Memburg, gest. 20. 6. 03 zu Dessau.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### Den Zahlstellen des I. Gaus

mache ich hierdurch die Mittheilung, daß sich die Adresse des Gauvorstandes durch die Einrichtung eines ständigen Büreaus abermals verändert hat. Abends von 7—8 Uhr wird dortselbst auch Reiseunterstützung ausgezahlt; auch werden dort Aufnahmen vollzogen. Alle Sendungen sind zu richten an:  
Louis Güth, Danzig, Fleisberggasse 34, Hof, part.

### Korreipondenzen.

Altona. In der Möbelabrik von Söhne und Witte in Ottenen, Karlstraße, haben am 19. Juni die Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Veranlassung dazu gab die Einführung der Ehearbeit, wodurch es den Kollegen nicht möglich war, auch nur annähernd auf ihren bisher verdienten Wochenlohn zu kommen. Den Drechslern wurde einfach die wöchentliche Abschlagszahlung von M 30 auf M 25 heruntergesetzt und die Werklohnpreise theilweise um 50 pBt. reduziert. Die Tischler bekamen nur das, was sie bei ihrem vormaligen Wochenlohn von M 30 gewohnt waren, nur M 20 und weniger verdienten. Söhne kam noch, daß der bisherige Kollege Hupel als Werkführer angestellt wurde und dann auch sofort seinen Werkführerposten derartig ausführte, daß alle nach seiner Pfeife tanzen mußten, oder sonst hinaus aus der Fabrik. Kollegen, die Jahre lang zur Zufriedenheit in der Fabrik beschäftigt waren, waren auf einmal Psücher und Faulenzer, die überhaupt nichts verdienen konnten. Von Mitte Mai her haben dann jede Woche Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die demnach immer damit endeten, daß für besseren Verdienst und bessere Einrichtungen gesorgt werden sollte, dabei blieb es aber. Auf Vorschlag der Kollegen wurde dann betreffs des Lohnes mit den Arbeitgebern im Beisein der Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes folgendes vereinbart: Die Kollegen, welche bei der früheren Arbeitsweise über M 30 verdient haben, sollen M 30 garantirt und ausgezahlt erhalten, die von M 25 bis M 30 verdienten M 25, und die unter M 25 verdienten, M 20. Entlassungen älterer Kollegen sollten nicht mehr stattfinden. Auch diese Abmachungen waren nur leere Worte, denn den ersten Sonnabend meinte man, die Abmachungen kämen erst am nächsten Sonnabend in Betracht, womit dann die Kollegen sich auch noch einverstanden erklärten. Der Werkführer Hupel äußerte sich aber schon einigen Kollegen gegenüber: „Geht nur nach dem Verband und laßt Euch da Eier Geld geben.“ Der nächste Sonnabend brachte dann auch die Gewißheit, daß die Vereinbarungen von Seiten der Arbeitgeber für null und nichtig erklärt wurden. Es ist dann nochmals versucht, in Gemeinschaft mit der Verwaltung, die Arbeitgeber zu veranlassen, ihr einmal gegebenes Versprechen doch auch zur Ausführung zu bringen, aber die Mühe war vergebens. Die 40 Kollegen haben dann darauf die Arbeit niedergelegt; für den Werkführer Hupel wird es jedenfalls eine Freude sein, daß er seine früheren Kollegen los ist; er wird gewiß seinen Einfluß ausüben auf die Herren Arbeitgeber, daß Keiner wieder angestellt wird, aber Andere wird er auch nicht bekommen, und so wird er wohl gezwungen sein, seine Arbeiten mit den

beiden Arbeiterinnen, die angeworben sind, fertig zu machen. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Chemnitz.** Eine von über 200 Kollegen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am Sonnabend, 18. Juni, im „Schützenhause“... Chemnitz, 19. Juni 1903. Die Vereinigung der Schreinermeister von Kellheim erklärt hiermit, daß sie dem Herrn Philipp Hoppe für den Verlust an Miethe durch die Kündigung der Wohnung des Herrn Georg Gonthier aufkommt und die Miethe mit 19 pro Monat bis zur Wiedervermietung bezahlt.

**Beseinigung.** Die Vereinigung der Schreinermeister von Kellheim erklärt hiermit, daß sie dem Herrn Philipp Hoppe für den Verlust an Miethe durch die Kündigung der Wohnung des Herrn Georg Gonthier aufkommt und die Miethe mit 19 pro Monat bis zur Wiedervermietung bezahlt.

**Die Vereinigung der Schreinermeister.** J. A.: Wilh. Rodek, Schriftführer.

Aber auch dieser Gewaltstreik scheiterte vollständig an der Unabhängigkeit des genannten Hausherrn und mußten sich die Herren Meister auch hier wieder zufrieden geben. Aber der Haß wurde noch größer, so daß es ein Meister, der jeden Tag in die Kirche läuft, wagte, unserem Kollegen Gonthier auf der Straße in das Gesicht zu spucken. Aber auch die Meister, die bewilligt haben, haben schwer zu leiden unter diesen Chikanen, ja, bis in die weiteste Verwandtschaft wird es übertragen.

**Neu-Kuppin.** Bei dem Ausbruch der Bau- und Möbelschüler ist infolgedessen eine kleine Aenderung eingetreten, als bei Herrn Rante die Arbeit zu den neuen Bedingungen — 16 pZt. Lohnaufschlag und 9 stündige Arbeitszeit — wieder aufgenommen wurde, allerdings die 9 Stunden erst innerhalb 14 Tage.

**Reifenfels.** In der Gummidreherei von Kibele sind die Arbeitsverhältnisse durch den jetzigen Werkführer Herrn Berger so verschlechtert worden, daß die dortigen 12 Drechsler dagegen Front gemacht haben, weil es eben unerträglich wurde.

**Zuffenhansen.** Wenn wir die Spalten unseres Fachorgans in Anspruch nehmen, so wollen wir einen Ueberblick von der Lage der hiesigen Holzarbeiter geben.

Geschäften ist 14tägige Lohnzahlung, Geradwegs erscheidend sind die Krankheitsstage angeführt: 51 Arbeiter waren 1922 Tage krank, die Höchstziffer ist 165 Tage, 20 Arbeiter waren 553 Tage arbeitslos, die Höchstziffer ist 98 Tage. Die jährliche Miethe für 2-3 Zimmer beträgt 120-300. Der Geschäftsgang war im Allgemeinen nicht sehr günstig; es war das Zeichen der Krise, eine kleine Besserung scheint für dieses Jahr vorhanden zu sein.

**Eingekandt.**

**Danzig, den 17. Juni 1903.** In der Nr. 23 der „Casse“, Organ des Gewervereins, ist eine Notiz enthalten, die sich mit dem Streikfall in Bromberg beschäftigt.

**Kellheim i. Taunus.** Wie wir schon vor einiger Zeit an dieser Stelle berichtet, waren wir, um unsere traurigen Arbeitsverhältnisse um ein Kleines zu verbessern, gezwungen worden, den Kampf infolge eines Streiks mit unseren Herren Kleinmeistern aufzunehmen. Obwohl Keiner von uns dachte, daß wir bei einer so minimalen Forderung von 4 pZt. abgewiesen würden, leisteten die Meister uns doch den heftigsten Widerstand, denn sofort nach Einreichung unserer Forderung lehnten sie jedwede Verhandlung kurz und bündig ab und erklärten: Wer zu dem alten Tarif nicht arbeiten will, der kann gehen, wir brauchen keine Verhandlungsbrüder. Hinans mit dem Volk; wir wollen Gesellen, welche im katholischen Gesellenverein sind.

Sie mit der Einigung zufrieden waren. Allerdings, auf meine Aufforderung an den Gewerkevereinsvorsitzenden, wie er sich nun das „Weiterstreifen denke und was er sich davon verspreche“, mußte derselbe allerdings antworten, daß wohl nichts herauszuholen sei bei diesem schlechten Geschäftsgang.

Daß gerade wir in erster Linie darauf hingewirkt haben, solch wilde Streiks zu vermeiden, beweist am besten unser Statut. Die Kasse mit ihrer Unterstützung ist jedenfalls hier am wenigsten angebracht. Wenn man bei solcher Streitigkeit mit dem „Sozi“ und den „Mosenen“ krebsen geht, zeigt dann am besten den Charakter dieser Leute. Daß es nun gerade ein Verbandskollege war, der die Füllungen zu dem billigen Preise machte, ist ja bedauerlich, doch hätte man gleich bemerken sollen, daß auch ein Gewerkevereiner dabei war.

Also nur nicht den Mund zu voll genommen; vielleiht erkundigen Sie sich einmal in Nowawes-Neuendorf, wie es dort von den Vereinteten gemacht worden ist.

Louis Glüh, Fleischerstraße 84.

Stimmen zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc.

Zu den Anträgen des Vorstandes, speziell zum Entwurf 8: Umwandlung der Kasse in eine Zuschusskasse, hat die unterzeichnete Verwaltung Stellung genommen. Derselbe ist unter Zustimmung der Fiskalen, in den Versammlungen dem Entwurf 8 zuzustimmen, da der vom Vorstand ausgearbeitete Vorschlag zu dem Entwurf 1 und 2 für unsere Mitglieder viel zu schwer ist und im Zeitraum von zwei Jahren noch mehr Anforderungen an unsere Mitglieder stellt. Es wurde einstimmig beschlossen: Die Kasse soll in eine Zuschusskasse umgewandelt werden. Derselbe soll bestehen aus vier Klassen, und zwar:

- 1. Klasse: Beitrittsgehalt M. —,50, wöchentl. Beitrag 30 A
- 2. " " " 1,— " " 40 "
- 3. " " " 1,50, " " 50 "
- 4. " " " 2,— " " 60 "

Die Unterstützungssätze betragen das 29fache des wöchentlichen Beitrages:

- 1. Klasse: pro Tag M. 1,45, pro Woche M. 8,70
- 2. " " " 1,93 1/3, " " 11,60
- 3. " " " 2,41 2/3, " " 14,50
- 4. " " " 2,90, " " 17,40

Bei neu eingetretenen Mitgliedern ist eine 18wöchige Karenzzeit anzusetzen. Ferner zahlt die Kasse an Sterbegeld:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft das 140fache:	M. 42, 56, 70, 84,
" 5jähriger " "	160fache: " 48, 64, 80, 96,
" 10jähriger " "	180fache: " 54, 72, 90, 108,
" 15jähriger " "	200fache: " 60, 80, 100, 120,
" 20jähriger " "	220fache: " 66, 88, 110, 132,

Mitglieder, welche in dem letzten Jahre vor Umwandlung der Kasse nicht krank waren, können ohne ärztliche Untersuchung in eine höhere Klasse übertreten.

Ferner bitten wir, zu erwägen, ob man den grünen Krankenschein nicht beibehalten könnte, um den arbeitsfähigen Kranken bei Bedarf ein Drittel oder zwei Drittel des Krankengeldes pro Tag auszubehalten; denn durch diesen Betrag kann der Kasse viel genützt werden.

Die Verwaltung der Filiale Erlangen.

Es ist von vielen Zahlstellen gefordert worden, unsere Kasse in eine Zuschusskasse umzuwandeln. Wenn man die Abrechnungen der letzten drei Jahre durchgeht und die horrenden Summen für Ärzte, Mediziner und Kirchhäuser liest (durchschnittlich M. 380 000 jährlich), so muß man sich sagen, daß die Einsender betreffender Artikel nicht so Unrecht haben, wenn dieselben verlangen, aus der Kasse eine Zuschusskasse zu machen. Wir haben aber auch noch eine große Anzahl Einzelversicherter, denen wir nicht so ohne Weiteres ihre alten Rechte können verlustig gehen lassen, denn diese gehören mit zu den besten Mitgliedern und sind meistens kleine Geschäftsleute. Gastwirthe usw., die nicht bei jeder Gelegenheit die Kasse in Anspruch nehmen. Haben wir hier doch 20 pEt. solcher Mitglieder und Roßheim, welches zur 40. Wahlabtheilung gehört, hat nicht weniger als 42 von 77 Mitgliedern einzeln versichert. In größeren Zahlstellen ist das Verhältnis natürlich anders gestaltet, wir müssen aber den kleinen Zahlstellen eben auch Rechnung tragen. Was die Offenbacher Mitglieder durch ihren Sanitätsverein genießen, wird wohl ziemlich einzig dastehen. Haben wir hier doch einen Medizinalverband, der bei einem Wochenbeitrag von einer Person 25 A und einer Familie von zwei und mehr Personen 40 A, und sind die Kinder 16 Jahre alt, extra 25 A, auch nicht annähernd leistet, wie der Offenbacher Sanitätsverband. Wie diese Ortsverwaltungen giebt es, die keinem solchen Vereinen beitreten können, weil eben keiner am Orte ist. Ich persönlich wäre für eine Zuschusskasse; aber wie oben angeführt, können wir die Einzelversicherter nicht ganz im Stich lassen, und könnte der vom Hauptvorstande entworfenen Entwurf II in etwas veränderter Form angenommen werden.

Gg. Kuhz, Bevollmächtigter, Ludwigshafen a. Rh.

Die hiesige Zahlstelle zählet gegenwärtig 94 Mitglieder, von denen sind 17 nicht versicherungspflichtig und zirkeln ebenso viel doppelt versichert. d. h. Mitglied einer Ortskrankenkasse. Bei unseren Ortskrankentafeln (Zwangskassen) giebt es aber nicht, wie anderwärts, z. B. in größeren Städten, freie Ärztewahl! sondern das Mitglied muß sich im Erkrankungsfall an den jeweils fungierenden Kassenarzt wenden, welche jetzt alle sechs Monate, früher alle drei Monate, ihr Amt wechseln. Nun kam es schon vor, daß Mitglieder, welche doppelt versichert sind und sich aus Unkenntnis erst von unserem Arzt behandeln ließen, nachher sich von dem Arzt der Zwangskasse, bei letzterem ihrer Ansprüche verlustig gaben; viele sind deshalb aus der Ortskrankenkasse ausgeschlossen und auch um sich, einerseits einen Arzt wählen zu dürfen, andererseits auch, um den Chirurgen mancher Kassenärzte zu entgehen. Viele sind bei uns eingetreten, weil sie in der Kasse eine wirkliche freie Hülfskasse fanden. Soll nun unsere Kasse in eine Zuschusskasse umgewandelt werden, d. h. ärztliche Hülfen und Medikamente in Wegfall kommen, dann ist es unabweisbare Thatsache, daß die Kasse einer großen Mitgliederverlust erleiden wird, denn gerade diese zwei Punkte sind es, die hier sehr in das Gewicht fallen, obwohl die Mitglieder durch Eintritt in eine Ortskrankenkasse diese Rechte wieder erlangen könnten und der Beitrag sich

dann auch nicht höher stellen würde. Medizinalverbände oder ähnliche Organisationen, wie in den letzten Eingekandt durchgeführt, giebt es am hiesigen Orte nicht.

Schreiber Dieses ist einer Zuschusskasse nicht abgeneigt, denn er ist Mitglied der fünften Klasse, und würde nach dem Vorschlag der Nürnberg'schen Ortsverwaltung im Erkrankungsfall wöchentlich eine Unterstützung von M. 18,20 von der Zuschusskasse und, nachdem er dann noch Mitglied der hiesigen Ortskrankenkasse wäre, eine solche von M. 6,80 nebst freier ärztlicher Behandlung und Medikamenten erhalten, im Ganzen also M. 21,80, und hätte wöchentlich nur einen Beitrag von 73 A zu leisten. Bleibt aber unsere freie Hülfskasse bestehen, so ist ja eine Erhöhung der Beiträge unbedingt erforderlich; es müßten dann z. B. 75 A wöchentlich bezahlt werden und man beläme nur eine Unterstützung von M. 14,84, also A 6,96 weniger als bei einer Zuschusskasse. Wie verhält sich aber die Krank- und Gesundheitsverwaltung bei eventueller Umwandlung in eine Zuschusskasse? Einen Kassenarzt müßten wir aber doch haben, der diese Kontrolle ausführt, denn die Herren Kassenärzte von anderen Kassen würden sich schwerlich dazu hergeben, unsere Formulare auszufüllen.

Die hiesige Ortsverwaltung und viele Mitglieder der hiesigen Zahlstelle sind für Erhaltung der freien Hülfskasse; obwohl über kurz oder lang doch eine Umwandlung von Gesetzes wegen erfolgen muß, so muß man aber seine Rechte doch auch so lange wahren und hochhalten, als irgend möglich ist. Auch würden wir für Einführung einer vierteljährlichen Karenzzeit, wie es bei den meisten Kassen ist, stimmen, wodurch auch eine erhebliche Ausgabe erspart würde.

Angefaßt der vorstehend geschilderten hiesigen Verhältnisse ist die Zahlstelle Dürenheim a. d. S. vor wie nach für Beibehaltung der gegenwärtig bestehenden freien Hülfskasse, da es uns nur so möglich ist, uns unseren Arzt zu wählen.

Goffentlich lassen sich an dieser Stelle noch mehrere Meinungen austauschen, damit die Delegirten auch nach allen Seiten gerecht werden können. Auch wäre es vielleicht anständig, ja sogar nötig, daß in jeder Wahlabtheilung eine Besprechung von Bevollmächtigten oder Kassiren der betreffenden Zahlstellen stattfindet, um sich über diese wichtige Angelegenheit zu einigen.

Die Ortsverwaltung Dürenheim a. d. Saardt. J. A.: Friedrich Gawein, Kassirer.

In dem Eingekandt in Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat Freund Polenz weit vom Ziel geschossen, wenn er meint, daß wenn unsere Kasse Zuschusskasse würde, dieselbe keinen Mejerbefonds brauchte; der muß genau ebenso da sein, wie jetzt. Infolgedessen können die Verantwortlichen der Zuschusskasse nicht auf denselben spekuliren oder ihn klein machen, die Sache würde sich ebenso abwickeln, wie 1884 bei den Metallarbeitern, die ja eine Berechtigung für eine Zuschusskasse haben sollen, nicht aber wir, wo doch in der Holzindustrie die Großbetriebe immer mehr zunehmen. Wenn die Verantwortlichen der Zuschusskasse die immer größer werdenden Ausgaben hervorheben, so mit Recht. In den letzten zwei Jahren ist die Ausgabe für Arzt und Arznei um M. 23 000, in den letzten fünf Jahren um M. 68 000 gestiegen. Jedenfalls ein horrendes Summe, wenngleich wir eine Zunahme von 10 000 Mitgliedern in den fünf Jahren hatten. Trotzdem stellen die Ärzte noch größere Forderungen, und die Kassen werden sich auf die Dauer dem nicht widersehen können. Weiß denn Freund Polenz nicht, welchen Kampf unsere Kasse mit den Ärzten in Berlin im vorigen Jahre hatte? Und noch wissen wir nicht, was uns das nächste Jahr bringt. Eine bage Behauptung ist es doch, daß die doppelt versicherten Mitglieder das mühsam zusammengebrachte Geld der alten Mitglieder verpulvern. So gut wie ein Theil alter Mitglieder, die doppelt versichert sind, wenig oder gar nichts bezogen haben, giebt es auch einfach versicherte alte Mitglieder, die ganz schöne Summen weg haben, daraus soll doch Keinem ein Vorwurf gemacht werden. Wenn die meisten Berliner Mitglieder doppelt versichert sind — und wohl auch die meisten in der Kasse —, so nur, weil sie zu der Erkenntniß gekommen sind, daß im schweren Erkrankungsfall eine Kasse zu wenig ist, wenn man nicht Schulden machen will, und solche zahlen sich schwerer ab, als wenn man jede Woche in zwei Klassen Beiträge zahlt, von welchen in einer der Arbeitgeber ein Drittel zahlen muß. Für die Mitglieder, die so günstig gestellt sind, einen Rothgroschen zu haben und der Meinung sind, daß eine Kasse genügend sei, wollen wir nicht noch 10 A pro Woche mehr zahlen. Man kann gar nicht wissen, ob man in den nächsten zwei Jahren nicht wieder vor einem Defizit steht, weil man heute noch nicht weiß, welche Ausgabe die Erweiterung des Gesetzes erfordert.

Wenn behauptet wird, daß in Norddeutschland die Behörden die Kassen in den Ortsklassen befehen, so ist das ein Irrthum. In den größeren und mittleren Orten haben die Arbeiter die Kassen befehzt, sogar in den Innungskassen haben wir mehr Einfluß, als den Arbeitgebern und den Behörden lieb ist. Suchen wir diese Kassen auszubauen, damit die Zentralisation der Ortsklassen durchgeführt wird, und warten wir nicht, bis die Regierung es macht, bei welcher „Regelung“ den Hülfskassen doch das Licht ausgeblasen wird. Und so lange zu warten, bis dies geschieht, der paar selbstständigen Existenzen wegen, die als Mitglieder unserer Kasse angehören, das wäre die Opfer, die gefordert werden, nicht werth.

Den Leipziger Vorschlägen hat sich unsere Verwaltungsstelle angeschlossen. F. Fröhlich, Berlin NW.

Herr Polenz stellt die Doppeltversicherten so hin, als wollten dieselben den Mejerbefonds klein machen, er wirft denselben Gabjuden vor und fragt, warum dieselben keine Kasse gründen für Doppeltversicherte. Herr Polenz schreibt: „Als Motiv zur Umwandlung in eine Zuschusskasse wird die immer größer werdende Ausgabe hervorgehoben, die doch nur eine Mehrleistung der Kasse bedeutet und demzufolge eine erfreuliche Erscheinung ist.“ Betrachtet Herr Polenz das als erfreuliche Erscheinung, wenn in der letzten Generalversammlung zwei Extrabeiträge eingeführt werden mußten, und trotzdem das Defizit von M. 200 000 auf M. 300 000 in zwei Jahren angewachsen ist? Ferner, ist das der Hauptgrund auch nicht, daß die Kasse durch die in Heilstätten Untergrachten belastet wird, sondern durch die fortwährend steigenden Honorare der Herren Ärzte und der Herren Apotheker und sonstigen Lieferanten; wie wird es erst

werden, wenn das abgeänderte Krankenlaffengesetz in Kraft tritt, sollen doch jetzt schon die Herren Ärzte die Faust treiben im Krankenlaffengesetz nicht berücksichtigt wurden. Früher streikten nur die Arbeiter, jetzt aber die Ärzte den Kassen gegenüber. Das bedeutet eine Mehrbelastung der Kasse den Doppelversicherten gegenüber. Was die Ortsklassen anbetrifft, so bezahlt man hier in Süddeutschland, speziell im Schwarzwald, z. B. in Freiburg für M. 12 wöchentliches Krankengeld nur 70 A; die Unterstützung geht vom zweiten Tage ab wie bei uns auch; nun giebt es aber Familienunterstützung, die in den meisten Fällen gar nicht hoch genug geschätzt werden kann, sie bezieht sich zwischen 40 bis 50 pEt. Daß man mit einer Zuschusskasse den Mejerbefonds klein machen will, das ist unthunlich, das werden die Anträge, die aus Süddeutschland eingehen, beweisen. Wenn aber Herr Polenz behauptet, dies seien die Doppeltversicherten, so behaupte ich gerade das Gegenteil. Duzende von Verwaltungsstellen wären aufzuführen, welche sehr hohe Ärzte- und Medikamentenerrechnungen haben und staunenswerthe Defizits fertig bringen. Sind das z. B. doppeltversicherte Mitglieder in Berlin, die im Jahre 1900 M. 32 000 für Ärzte und Medikamente gebraucht haben und ein Defizit von circa M. 20 000 aufweisen, im Jahre 1901 circa M. 33 000 für Arzt und Medizin und ein Defizit von M. 30 000? Wenn eine solche Summe für Arzt und Medikamente aufzuwenden ist, so können das kaum Doppeltversicherte sein, höchstens solche, die unsere Kasse als gesetzliche Kasse benützen und in einer anderen als Zuschusskasse sind, solche Mitglieder heiße ich aber nicht Doppeltversicherte. Wenn Herr Polenz sich eine Jahresabrechnung von 1902 geben lassen und die unter folgenden laufenden Nummern: 61, 80, 93, 96, 137, 195, 221, 226, 279, 293, 380, 395, 416, 580 und 621 gebuchten Ausgabesummen vergleichen will, dann wird er sich verwundert fragen, wie es möglich ist, daß einzelne Mitglieder solch hohe Ausgaben für Arzt und Medizin beanspruchen müßten!

Wie sieht es demgegenüber mit den Doppeltversicherten aus? Seit circa 10 Jahren hat man hier in Freiburg bereits jedes Jahr durchschnittlich M. 1000 Ueberschuß; vor 10 Jahren hatte man hier 117 Mitglieder, 100 waren doppelt der Rest einfach versichert, jetzt sind von 280 Mitgliedern 46 einfach und 214 doppelt versichert. Die letzteren beanspruchen ärztliche Behandlung und Medikamente von der Ortskrankenkasse 26 Wochen lang, dann erst unsere, und das kommt selten vor. Wenn alle Verwaltungsstellen so arbeiten würden, hätte man die Schererei nicht. Warum wir Doppeltversicherten keine Zuschusskasse gründen? Ei, ei, Herr Polenz! Jetzt wäre es Ihnen recht, wenn die Doppelversicherten draußen wären, die schon seit 1884 Beiträge zahlen und zum Theil noch keinen Pfennig geholt haben. Wir denken auch noch an das Jahr 1892, wo wir schwer bluten mußten, nicht nur Sie, falls Sie damals schon Mitglied waren. Jetzt werden Sie nicht mehr fragen, wer den Fonds aufgebracht hat und wer ihn verpulvern will. Wenn wir unsere Kasse in eine Zuschusskasse umwandeln, bekommen wir hier in einem Jahre mehr Mitglieder, und zwar zum größten Theil junge, als in fünf Jahren mit der gesetzlichen Kasse.

Was den Großbetrieb betrifft, so sind bereits bei den Tischlern ebensolche wie bei den Metallarbeitern, da lehre ich vor der Wahl die Hand nicht um. Wenn aber unsere Kasse eine so gute ist, wie Herr Polenz sagt, warum hat denn im Jahre 1901 unsere Kasse ein Defizit von M. 96 741,14 gemacht, währenddem die Metallarbeiterkrankenkasse als Zuschusskasse nur ein Defizit von M. 194,73 hatte, trotzdem die Mitgliederzahl um etwa 12 500 Mitglieder höher ist als bei uns und mehr Mitglieder auch mehr Defizit fertig bringen können. Warum steigt denn unsere Kasse in der Mitgliederzahl so langsam, wenn sie so gut ist. Daß wir mit dem Mejerbefonds gar nie fertig werden würden, wenn wir gesetzliche Kasse bleiben wollten, ohne Jahre lang stark zu bluten, wird Jeder einsehen, während bei der Zuschusskasse der Mejerbefonds jetzt erniedrigt wird! Meine Versicherung ist, daß Einfachversicherte so viel wie Doppeltversicherte verbrauchen können und umgekehrt, und dem Mißbrauch verschiedener Verwaltungsstellen sollte endlich die Generalversammlung einen Riegel vorchieben. Ein Doppeltversicherter.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zur Lohnbewegung in Cassel. Zum Streik der Tischler ist wenig Neues zu sagen. Die Arbeitgeber machen alle Anstrengungen, um Arbeitswillige heranzuziehen, doch ohne Erfolg. Jetzt haben die Herren das Gerücht ausgebrengt, am 1. Juli würden die Streikenden ihre Miethen nicht zahlen können. Die verehrten Herren haben sich schon so oft vergaloppirt, daß es auf einmal mehr oder weniger nicht ankommt. Die Streikleitung findet Mittel und Wege, um den Herren auch diesmal einen Strich durch die Rechnung zu machen. Die Streikenden sind sich vor wie nach einig.

Zum Streik in Schwertin wird uns geschrieben, daß die Meister zu Unterhandlungen nicht bereit sind, vielmehr große Anstrengungen machen, um Arbeitswillige heranzuziehen. Die Streikenden wenden sich an die deutschen Kollegen mit der Bitte, für Fernhaltung des Zugens mehr als bisher Sorge zu tragen. Schwertin sei von zugereisten Kollegen förmlich überschwemmt. Die Streikenden stehen geieint zusammen und werden nicht eher die Arbeit aufnehmen, als bis annehmbarer Zugeländnisse gemacht sind.

Herr Haber Huber, Schreinermeister in Murnau (Oberbayern), hat schon öfter das Mißfallen seiner Gesellen dadurch erregt, daß er ihnen den ohnehin knappen Lohn nicht einmal pünktlich ausbezahlt, vielmehr ihnen sagt, wer nicht warten will, kann gehen. Letzter sei es oft vorgekommen, daß Gesellen die Werkstat für immer verließen, ohne den rückständigen Lohn erhalten zu haben. Diese Feilen sollen eine Mahnung sein an die Kollegen, sich vor Schäden zu bewahren.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Wozu die Berliner Tischlerinnung ihre Einnahmen verwendet. Der Rechenschaftsbericht obiger Innung weist für das Jahr 1902 inkl. des Restbestandes von M. 7654,82 eine Gesamteinnahme von M. 30 214,23 auf.

Table with financial details: An die Schulkommission M. 400,-, Derbergskommission 80,-, Beauftragten 150,-, etc.

Summa... M. 26 942,81

Bemerkte werden mag vorweg, daß die Ausgabe die Reineinnahme um M. 4363,20 überstiegen hat und deshalb zur Deckung der Restenbestandes vom Vorjahre hat herhalten müssen.

Die „Arbeitgeberzeitung“ bemerkte damals wörtlich: „Was sich unter diesen sonstigen Ausgaben verbirgt, geht aus der Abrechnung nicht hervor.“

Was den „Genossen“ des Holzarbeiterverbandes recht ist, muß den „Genossen“ der Berliner Tischlerinnung billig sein.

Als, verehrte Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“, heßen Sie nun auch einmal nach der anderen Seite.

Die „Fachzeitung“ hat Recht, wenn sie sagt, daß die Abrechnung „interessante Daten“ ergibt.

Wir empfehlen der „Günterschen“ zunächst einmal, den Dreck vor ihrer eigenen Thüre zu kehren, sie wird dazu reichlich Gelegenheit finden.

ist — kann sie den Anfang machen. Den „Fürsten- und Befensbinder“, der „sie in den tiefsten Abgrund verwünscht und sie mauzetobt macht“, kann sie sich malen lassen.

Billige Konkurrenten zu werden empfiehlt ein Mitarbeiter der Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kamminindustrie den deutschen Bürstenfabrikanten.

Die Bürstenfabrik Erlangen vorm. Emil Kränzlein in Erlangen erzielte im verfloßenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von M. 94 448, von diesem sollen den nothleidenden Aktionären M. 72 000 gegeben werden.

Mit den Inhabern der Firma Börner & Schurt, Holzwarenfabrik in Langenau i. S. hatten unsere Kollegen wiederholt Lohnbifferenzen, die zu mehrfachen Neuerungen auch in der „Holzarbeiterztg.“ Anlaß gaben.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Iserlohn, von welcher auch eine Anzahl Holzarbeiter betroffen waren, ist auf dem Vergleichswege beendet worden.

In Köln hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschlossen, sämtliche im Baufache beschäftigten Verputzer, Fugler, Maurer, Handlanger, Mattenleger und Gerdarbeiter am Freitag, den 26. Juni, auszusperrn.

In Hannover sind die im Baugewerbe thätigen Arbeiter ausgesperrt. Der Regierungspräsident hat eine Sitzung zwecks Einigung anberaumt.

Die Bergarbeiter tagten in Zwickau. 90 Delegirte vertraten 48 278 Mitglieder aus 322 Zahlstellen. Gegen das Jahr 1901 hat der Verband um rund 10 000 Mitglieder zugenommen.

Die Lagerhalter, deren Zahl zirka 1000 beträgt, tagten in Dresden. Aus dem Vorstandsbericht geht hervor, daß der Verband von verschiedenen Seiten, besonders vom Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, angegriffen worden war.

Gewerkschaften und Gewerbe-Inspektion. Ein empfehlenswerthes Beispiel hat der Gewerbe-Inspektor Weßner in Düsseldorf beim Antritt seines Amtes gegeben, indem er den Gewerkschaften folgende Mittheilung machte:

Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Arbeiter bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß sie Anliegen und Beschwerden ohne Furcht vor Nachtheilen jederzeit auf dem Bureau der Inspektion persönlich vorbringen können.

Table: Die Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe. Columns: Jahr, Firmen, in Orten, mit Gehülfen.

Da bei 207 der im neuesten Tarifverzeichnis enthaltenen Firmen die Angabe der Zahl der beschäftigten Gehülfen fehlt, so kann man heute schon mit 40 000 zu tarifmäßigen Bedingungen beschäftigter Gehülfen rechnen.

Welche Anerkennung sich der Buchdruckerverband erungen hat, beweist auch eine Mittheilung des „Allgemeinen Anzeigers für Drudereien“ (einer Unternehmerzeitung), nach der darauf aufmerksam gemacht wird, den Zusatz R.-W. (Nicht-Verhandler) bei den Inseraten wegfällen zu lassen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Verweigerung von Streikarbeit ist, wie das Gewerbegericht der Stadt Iserlohn entschied, ein Grund zu sofortiger Entlassung und die Klage auf Entschädigung nach § 124 b der Gewerbeordnung als unbegründet zurückzuweisen.

Der Beklagte war veranlaßt worden, eine Arbeit für einen Anderen zu übernehmen, da Letzterer durch Differenzen mit seinen Arbeitern außer Stande war, diese fertig zu stellen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 88. Heft des 21. Jahrgangs erschienen.

Briefkasten.

- \* Caroussells werden angefertigt: Herr Volkhardt in Leipzig-Lindenau, Ansturmstr. 15, bei Siebold in Offen a. b. Ruhr und Stuhl in Hamburg. \* Schreibische als Spezialität fertigt Herr Teubert in Kl.-Großitz, Station Großitz, an. \* Bürgerliche Auskueuermöbel sowie auch Schreibische jeder Art liefert Herr Josef Friedrich, Dresden, Bildhrufer Möbelfabrik in Bildhruferstr. R. 100. Mundhente in Celle, Wispler & Brodhoff in Münden a. Meißer. \* Silbrieve an unsere Adresse zu senden, ist überflüssig. Unser Bureau befindet sich erste Etage im Postgebäude, und holen wir die Postschaden regelmäßig viermal am Tage ab.

